



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

45 (28.1.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-189701](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-189701)

besah auch der Sieg. Der Redner fordert die Kollegen auf, sich nicht propagieren zu lassen und andere nicht herauszulassen. Die Öffentlichkeit müsse entsprechend aufgefächert werden.

Der Schluss wurde eine Entschließung angenommen in der es heißt: Die Delegierten der Werkstätten 1 und 2 Karlsruhe et al. in der pflanzlichen Schließung ihrer Werkstätten wegen angeblicher Minderleistungen eine schwere Beleidigung, da amtlich festgestellt ist, daß ihre Leistungen nicht gesunken, sondern gestiegen sind. Sie protestieren insbesondere dagegen, ohne Prüfung der erzielten Leistungen ihrer Werkstätten eine derartige Maßnahme zu treffen. Die Versammlung findet deshalb das Recht auf ihrer Seite, erklärt sich jedoch bereit, durch ihre Organisationsleitung unter folgenden Bedingungen zu verhandeln: 1. Die Belegschaft ist wieder einzustellen. 2. Wohnregelungen dürfen nicht stattfinden. 3. Die Rechte der Arbeitervertreter bleiben unberührt. 4. Einmalige Personalerminderungen dürfen nur im Einverständnis mit den Belegschaften durch Überweisungen vorgenommen werden, um Produktionsmängel zu verhindern.

Die Versammlung erklärte fernerlei Bedingungen eingegangen, die nicht im Einklang mit ihrer Organisations-

Frankfurt a. M., 27. Jan. (W.B.) Die im deutschen Eisenbahnerverband organisierten Eisenbahnarbeiter der geschlossenen Werkstätten Frankfurt und Wiesbaden haben heute in einer von mehreren tausend Personen besuchten Versammlung Stellung zu der Schließung ihrer bisherigen Arbeitsstätten und den von der Direktion gestellten WiederEinstellungsbedingungen genommen. Die Versammlung beschloß, den Berliner Hauptverband zur Entscheidung über die Bedingungen zur WiederEinstellung anzuregen, der dann eine zweite Versammlung zur endgültigen Beschlußfassung vorangehen soll.

Die Bochumer Bergarbeiterlagung.

180. Bochum, 23. Januar.

In der heutigen Vormittags-Sitzung wurde die Debatte über die Frage der Schlichtung geschlossen, nachdem zehn Redner aus dem Erz- und Ruhrgebiet zu Wort gekommen waren. Der Korreferent Kosemann gab in seinem Schlusswort die Versicherung, daß die Opposition von ihrer Stellungnahme in der Schlichtungsfrage nicht abstehe. Nur durch entschiedene Verhinderung ihrer Forderungen könne sich die Arbeiterklasse betreten. In einem Schlusswort die Übereinstimmung zwischen der Mehrheit und der Opposition in der grundsätzlichen Frage fest. Nur über den Zeitpunkt der Ausführung gingen die Meinungen auseinander. Unbestritten aber ist, daß die sofortige Einführung der Sechsstundenarbeit die größten Gefahren für die Volkswirtschaft in sich birgt. Besonders verwerflich sei es, daß man die Schlichtungsfrage in die Arena des politischen Kampfes gerückt habe. Durch solche politische Ausbeutung rein produktions-technischer Fragen sei in der Öffentlichkeit der falsche Eindruck erweckt worden, als ob die Bergarbeiterfrage der Gesundheit unserer Verhältnisse entgegenstehe. Der Bergarbeiterverband müsse keine Regierungstruppe sein; er dürfe aber auch nicht zum Stöcktrupp gegen die Regierung werden, ganz gleich, wie sich politisch diese Regierung verhalten werde. Nur hält die internationale Regelung der Schlichtungsfrage für unmöglich, weil die Entente die gefällige Einführung der Sechsstundenarbeit nur in Deutschland nicht zulassen und dagegen mit Zwangsmaßnahmen vorgehen werde. Deshalb wäre es verhängnisvoll, heute die Arbeiterklasse in einen Taumel hineinzuführen zu wollen mit Versprechungen, die erst Erfüllung finden können, wenn unser Wirtschaftsleben wieder in Ordnung ist. Der Redner schloß mit der Aufforderung des Wohl der Volksgemeinschaft über alles zu stehen und sich bei der Abstimmung von dem sozialistischen Geiste der Brüderlichkeit leiten zu lassen.

Bei der Einzelabstimmung sprach sich die Generalversammlung einstimmig für die Verhängung der regelmäßigen unterirdischen Arbeit bis auf sechs Stunden aus. In namentlicher Abstimmung wurde die Ermöglichung der Sechsstundenarbeit ab 1. Februar 1920 durch Streik oder Arbeitsverweigerung mit 182 gegen 36 Stimmen abgelehnt, bei einer Stimmenthaltung.

In der Nachmittags-Sitzung wurden die beiden Entschließungen des Vorstandes mit überwältigender Mehrheit angenommen, ebenso mit allen gegen zwei Stimmen der Antrag auf Einlegung einer zweiten Forderung. Die Anträge auf Kündigung der Arbeitsgemeinschaft wurden sämtlich gegen eine kleine Minderheit abgelehnt. Die zum Lohnsatz vorliegenden Anträge wurden dem Vorstande überwiesen. Der Antrag der Opposition, dem Verbandsvorstande ein Vorkommensprotokoll auszusprechen, wurde abgelehnt. Nur ein kleiner Bruchteil der Stimmberechtigten erklärte sich dafür.

Schieroth begründet in seinem Vortrage über das Betriebsratsgesetz eine Entschließung des Gesamtverbandes, in der anerkannt wird, daß das Gesetz trotz der ihm anhaftenden Mängel eine große Reihe von freibürgerlichen sozialen Arbeiterrechten enthält, die erheblich hinausgehen über die heute im Bergbau geltenden Bestimmungen. Notwendig sei es, die Möglichkeiten der Ausübung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete gründlich anzunutzen und die Betriebsratsarbeiten mit aller Gründlichkeit vorzubereiten. Die tüchtigsten und selbstlosesten Kameraden müßten zur Wahl vorgeschlagen werden. Nicht die politische Denkart, sondern die soziale, gewerkschaftliche, intellektuelle und moralische Qualität müsse bei der Auffassung der Kandidaten maßgebend sein.

Von der Opposition wurde ein Antrag eingebracht, die Regierung zur Aufhebung des Belagerungszustandes im Ruhrgebiet zu

ersuchen. Im Falle der Ablehnung dieser Forderung durch die Regierung müsse die organisierte Arbeiterklasse jede Verantwortung für die Folgen ablehnen.

Die Entschließung zum Betriebsratsgesetz wurde angenommen, der Antrag zur Aufhebung des Belagerungszustandes abgelehnt, nachdem mehrere Redner auf die Vorgänge in Hamburg und Düsseldorf hingewiesen hatten. Ein Antrag Küping auf restlose Erfüllung der Lebensmittel und scharfe Bekämpfung des wilden Handels wurde einstimmig angenommen. Ein Wunsch der Bergleute auf dem linken Rheinufer, ihnen dieselben Rechte zu verschaffen, welche die Kameraden im freien Deutschland genießen, und ein Wunsch der Saarbergleute, dafür zu sorgen, daß die verteilenden Bergleute aus dem Saargebiet wieder in ihre Heimat zurückgebracht werden, wurde dem Vorstande überwiesen.

Angenommen wurde noch ein Antrag betreffend den Zusammenstoß der in der Arbeitsgemeinschaft vereinigten vier Verbände zu einer Zentralorganisation unter einem Zentralvorstand, ferner ein Antrag, wonach die Regelung der Bergarbeiterfragen durch die Gewerkschaften mit der Regierung unter Ausschluß der Unternehmer angesetzt werden soll. Ein Antrag, Fett- und Butterzulagen nicht als Gehaltsbestandteile zu berücksichtigen, sondern sie auf die ganze Belegschaft zu verteilen, ein Antrag auf Verhängung der Justizherrschaft für Schlichter und Richter und ein Antrag, wonach an den Tarifverhandlungen drei aktive Bergarbeiter aus den Kreisen der Betriebsräte teilnehmen sollen.

Ein Antrag auf dem obersteinsten Abstimmungsgebiet um Unterstützung der deutschen Kameraden und eine dringende Bitte aus dem Hochwassergebiet am linken Niederrhein, Sonderabschlüsse zu Gunsten der unter Kohlenmangel schwerleidenden Hochwasserbetriebe zu verfahren, wurden sympathisch aufgenommen.

Einmännig schloß die Generalversammlung mit einem Wahnspruch, kraftvoll und einstimmig für die Durchführung der gefassten Beschlüsse einzutreten.

Berlin, 28. Januar. (Von unserm Berliner Büro.) Die Bergarbeiterzeitung, das Organ des alten Bergarbeiterverbandes bemerkt zu dem Beschluß der Generalversammlung in der Schlichtungsfrage: Die gewaltige Majorität der Stimmen sagt jedem Verbandskameraden klar und deutlich, daß die gefasste Beschlüsse unserer Verbände keine Aktion gut heißt, welche von fanatischen Zerstückelungspolitikern eingeleitet wird. Die Generalversammlung hat Klarheit geschaffen nach der Richtung, daß sie alle Mitglieder zur freiwilligen gewerkschaftlichen Disziplin verpflichtet.

Ueber die ausgesprochenen Eisenbahnarbeiter soll eine Sitzung des Hauptvorstandes der Eisenbahner entscheiden, die am Donnerstag in Berlin stattfindet.

Deutsches Reich.

Textilindustrie und Rheinstrom.

Karlsruhe, 27. Jan. (Priv.-Tel.) In einer dieser Tage zur Frage der Kohlennot gefassten und der Öffentlichkeit durch die Presse bekanntgegebenen Entschließung der badischen Arbeitsgemeinschaft für Textilindustrie, war u. a. bemerkt, daß nach dem jetzt unterzeichneten Friedensvertrag unsere Feinde auch die gesamte Rheinstrom-Verkaufsmittel hätten. Die Form dieser Mitteilung ist, wie die Karlsruher Zeitung amtlich feststellt, unrichtig. Der Friedensvertrag verlangt zwar von Deutschland, daß es Schiffe abgeben muß, die auf seinen Binnengewässern fahren, insbesondere einen Teil der Rheinstromflotte. Welcher Art diese sind und in welchem Umfange die Abgabe von solchen Schiffen gefordert wird, darüber schweben zur Zeit zwischen den beteiligten Regierungen noch entsprechende Verhandlungen. Es entspricht jedoch nicht den Tatsachen, wenn in der Entschließung der badischen Arbeitsgemeinschaft für Textilindustrie behauptet wird, die Feinde hätten nunmehr auch die gesamte Rheinstrom-Verkaufsmittel. Eine solche Beschlagnahme hat nicht stattgefunden.

Die Auseinandersetzung zwischen Staat und dem früheren König von Preußen.

Berlin, 27. Januar. (Von unserm Berliner Büro.) Der Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung zwischen Staat und König wird morgen der Landesversammlung zugehen. Wie wir hierzu erfahren, ist für die Stellung der Kommission, die den Entwurf ausgearbeitet hat, Artikel 153 der Reichsverfassung maßgebend gewesen, wonach das Privateigentum unverletzlich sei. Der Vergleich hat sich auf folgende Grundsätze gestützt: Es ist zu unterscheiden zwischen dem Privateigentum des früheren Königs und zwischen dem Vermögen und Eigentum, das während der fünfzigjährigen Jahre der Hohenzollernherrschaft dem Königshause vom Staat übergeben worden ist. Hierin wird jetzt eine Scheidung eintreten. Allerdings steht der Gesetzentwurf vor, daß die historischen und anderen Werte nicht zerstört und getrennt werden. Die Zielliste enthält 17 1/2 Millionen. Davon fallen 10 Millionen ohne weiteres fort. Der Rest von 7 1/2 Millionen ist die Rente, die den Hohenzol-

lern 1820 für die Ablösung der Domänen gewährt worden ist. Das Königshaus hat auf diese 7 1/2 Millionen Renten verzichtet und man hat dafür eine einmalige Abfindung von 100 Mill. zugebilligt. Diese Summe wird aber nicht in bar bezahlt, sondern wird auf die Vermögensabgabe und das Reichsanleihenvermögen verrecknet. Ferner hat das Königshaus auf diejenigen Kunstbesitz verzielt, die es bisher dem Staat schon zur Allgemeinverfügung überlassen hat. Dieser Kunstbesitz repräsentiert einen sehr großen Wert. Das Gesamtobjekt wird auf 800-1000 Millionen geschätzt.

Die Wiederbesetzung des Reichshauptamts.

Berlin, 28. Jan. (Von unserm Berliner Büro.) Nach einer Meldung der „Schwinger Zeitung“ soll der frühere Reichs- und Bundesoberpräsident Kommerzienrat August Reubaus aus Schwetzingen als Nachfolger des bisherigen Reichshauptamtsministers Dr. Meyer-Kauleben in Aussicht genommen sein. Herr Reubaus hätte sich bereits vor einigen Tagen nach Berlin begeben, um hier mit den zuständigen Stellen in Verbindung zu treten. Er glaubt, wie wir schon vor einigen Tagen hier ausführlich, nicht, daß die Wiederbesetzung des Reichshauptamts gerade im Augenblick mit besonderem Eifer betrieben wird. Die Zahl der sonst noch drängenden Sorgen ist zu groß.

Baden.

Eine wichtige landwirtschaftliche Interpellation.

Karlsruhe, 27. Jan. Unter den neuesten Eingängen im badischen Landtag befindet sich eine wichtige Interpellation der Abgeordneten Pfeiffer, und Geisler, die folgenden Wortlaut hat: Wir ersuchen die Regierung um baldige Beantwortung nachstehender Anfragen: 1. Glaubt die badische Regierung, daß die Berechnung der Preisen für abgelagertes Getreide so frühzeitig fertiggestellt wird, daß bis zur Frühjahrsernte die Auszahlung erfolgen kann, damit der Anbau von Weizen nicht beeinträchtigt wird? 2. Welche Stellung nimmt die badische Regierung zum Wirtschaftsjahr für das Wirtschaftsjahr 1920/21 ein bezüglich der Erzeugung und der Preise für landwirtschaftliche Produkte? 3. Ist der badische Regierung bekannt, daß großer Mangel an Mehl besteht und daß der Preis für Mehl eine Höhe erreicht hat, daß er besonders für kleine Landwirte unerträglich ist und deshalb ein Fortschreiten des Hungers zu befürchten ist?

Letzte Meldungen.

Parvus aus der Schweiz ausgewiesen.

Berlin, 28. Januar. (Von unserm Berliner Büro.) Auf Begehren des Gemeinderats von Badenweiler im Kanton Zürich hat das schweizerische politische Departement Herr Dr. Helphand Parvus aus dem Kanton Zürich und der ganzen schweizerischen Eidgenossenschaft ausgewiesen, jedoch ohne Fristbestimmung.

Die Unfähigkeit auf der italienischen Eisenbahn.

Mailand, 28. Jan. (W. B.) Der „Corriere della Sera“ meldet, daß verschiedene Anschläge gegen fahrende Züge vorgekommen sind. Bei Ronciglione wurden auf einen Zug Gewehrschüsse abgegeben. Ein anderer Anschlag wurde in Verona verübt. Bei Florenz mußte auf der Linie nach Pontefiere der Zug angehalten werden, da die Schienen verdorben waren.

Das deutsche Heer.

Amsterdam, 27. Jan. (W. B.) In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Telegraaf“ erklärte Roosde, die Reutalen und die Entente hätten das größte Interesse daran, daß Deutschland bald zur Ruhe kommt. Vielleicht komme die Entente im letzten Augenblicke zu der Ansicht, daß das Deutschland erlaube Heer von 100 000 Mann nicht in der Lage ist, die Ruhe im Mittelpunkt Europas zu gewährleisten.

Hadersleben, 27. Jan. (W. B.) Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Hadersleben, das bekanntlich vor dem Einzug der französischen Truppen mit Säden verhängt werden mußte und dessen Beseitigung von einem Teil der Einwohner gefordert worden war, wird auf dem Grundstück des dortigen Bürgervereins aufgestellt werden, um es allen weiteren Angriffen zu entziehen.

sw. Godesheim, 28. Jan. Für die Ankunft der Helmler hatten die Franzosen überall Maschinengewehre und sogar eine Batterie Geschütze aufgestellt, Wache- und Lagerbesetzung waren kriegsmäßig ausgerüstet. Als der Zug nachmittags um 5 Uhr einfuhr, verboten die Franzosen die Ueberführung in das Lager, sodas die Helmler während der Nacht im Transportlager bleiben mußten. Erst am folgenden Morgen konnte die Ueberführung in die Baracken erfolgen.

Im Nationaltheater anstelle von „Siegfried“ Wagner's „Lohengrin“ gegeben.

(Theaterkulturverband: Langensammende der Gott und die Hejabe.) Am Dienstag, den 3. Februar veranstaltet der Ortsverein Mannheim des „Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur“ einen Einführungsabend gefolgt von der Ueberführung der Pantomime „Der Gott und die Hejabe“ im Nationaltheater. Antendant Dr. Hagemann, der das Werk inszeniert, wird selbst sprechen, während Kapellmeister Lederer die nötigen Erläuterungen am Klavier geben wird. Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß persönliche Einladungsarten nicht verlangt werden.

(Vortragsklub Rore Buch — Freigedanken.) Mit dem nordischen Dichter-Abend eröffneten Rore Buch und Freigedanken heute im Harmonieaal, Regina 1/3 Uhr, ihren Vortragsklub, worauf wir nochmals verweisen.

(Stadt, Subj. Hochschule für Musik, L. 2. Sa.) Am Donnerstag, den 28. Januar, abends 7 1/2 Uhr findet im Konfessionsaal L. 2. Sa der 1. Vortragsabend im Unterrichtsjahr 1919/20 statt. Gesangsabteilungen Georg Keller und Johanna Dilliger.

(Freier Bund, Akademie für Jedermann.) Dr. H. Wöhert kann keine Vortragsreihe „Kunstleben und Kunststätten“ infolge anderweitiger dringender Inanspruchnahme in dieser Woche nicht fortführen. Der spätere Termin wird seinerzeit bekanntgegeben werden. An seiner Stelle wird Dr. G. H. Hartlaub am Mittwoch, den 28. ds. Ms., für die Angehörigen der Abteilung II und am Donnerstag, den 29. ds. Ms., für die Angehörigen der Abteilung I über „Das Märchenbilderbuch“ sprechen.

Seit den Tagen der Romantik hat sich in der Malerei und Buchillustration — vor allem in Deutschland — ein besonderer Kunstgeschichtsbild, der die wiedererstehende Welt des Märchens, der Volkslage und des Volksliedes einem kindlichen und kinderfreundlichen Publikum auf eine sinnvolle und vollständige Art erschließt. Von Runge über Ludwig Richter und Schwind führt eine Linie bis in die jüngste Gegenwart, andere Strömungen kommen aus den Nachbarländern hinzu und vervollständigen das Bild einer „Kunst für das Kind“, die zu den wichtigsten Seiten des vergangenen Jahrhunderts gehört.

Berliner Theater.

„Die Sendung Samuels“.

Kraus Zweig's jüdische Tragödie erregte im Deutschen Theater, wo man sie mittels der wohlbestimmten Mitglieder des Vereins „Junges Deutschland“, abends 8 1/2 Uhr vorführte, einen Erfolg, dem hätte sich die jüngste Opposition nicht erregt, keine Partei zu prophezeien ist. Das Stück, von der Wiener und Frankfurter Aufführung her bekannt, hat den Kitzel des „Lohengrin“ (1888) zum Vorschein. Das Kraus Drama nicht aus den Verhältnissen holt, was er aus eigener Verbindung zur Handlung beibringt, in jüdische Schemata und erweist sich als Anomalie, der auch der reiche Flug jüdischer Herkommen entspricht. Allerdings, die äußerliche Behandlung jüdischer Typen weist auf eine spezifische Gestaltung. Dem Stück fehlt allerdings die formwählende Verbindung jüdisch-naturlicher Vorgänge mit menschlichen Hoffnungen. Gott und „Mephisto“ (Samuel) und allerlei Dämonen ringen da, wie Goethe's Geister um Faust's Unsterblichkeit, um die Seele des demagogischen König's Schatz, der durch Verleumdungen zur geistlichen Bestimmung seines Vaters gezwungen wird. Kommt eine so unerschöpfene Seele überhaupt ein Kampfbreit für Himmel und Hölle sein, so müßten wir die Ueberführer in der eigenen Brust des Stückes küssen sehen. Kraus' Drama verliert bei seinen Typen-Verwandlung (und einem trüben Jüngling zu einem abgetriebenen, desolaten und politisierten Verbrecher) in den Rollenakt Ebenlo innerlich ungenügend häuften sich der Reue schließlich wieder, jedoch er als Mörder verurteilt werden kann. Die Schlußszenen des Stückes und Unterirdischen sind williger Versuch der Gestaltung. Sie wollen den Naturalismus des Schauspielers in die heute wohlverstandene Sphäre heben; doch mangelt ihnen geistige Tragweite. Der Gegenstand: ein Jüdischer, dem der Verleumdung Gerechtigkeit wehren, gibt zu der Charakter keinen Anlaß. Die Aufführung mit erfreulichem nur in den schönen Szenenbildern Ernst Sterns und mit einzelnen schauspielerischen Leistungen Hermann Riegl.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Fünfte musikalische Akademie in Mannheim.

Die musikalisch bedingene Vortragsfolge der gestrigen fünften Akademie schied sich von vornherein in einen künstlerischen Erfolg. Nach so vielen Reueheiten von problematischem Wert freute man sich an dem musikalischen Festgehalt von Brahms'sen 4. Symphonie. Wie klar und schlüssig erhebt sich ihr symphonischer Bau! Welch reiche Erfindungsarbeit spricht aus ihren Themen! Aber auch Regers' Mazurka-Variationen, mit denen der Abend eingeleitet wurde, sind sicher eines der hervorragenden Werke der neueren Symphonieliteratur und ohne Zweifel sein vollkommenstes, lebenswichtiges Werk. Das Regers den künstlerischen Apparat, die kontrapunktischen Feinheiten wie kein zweites übertrifft, ist so bekannt. Sein Opus 102 ist durch die Kammer-Musik-Ensembles geübt. Die „der Reisinger Hofkapelle zur Ge-

innung“ gewidmeten Variationen sind auf dem Thema des ersten Satzes der Mozart'schen A-Dur-Variationssonate aufgebaut. Das in der ersten Variation von den Holzbläsern (Oboe und Klarinette) intonierte Thema erscheint in der zweiten Variation in der Umkehrung und im Verlaufe der acht Variationen, von denen die letzte dem musikalischen Höhepunkt bedeutet, in allen harmonischen und orchestralen Beziehungen. Eine mit Regers' Meisterlichkeit aufgebaute Fuge, in deren Verlauf Hörner und Trompeten nochmals das Variationsthema antimmen, bildet den krönenden Abschluß.

Unter Wilhelm Furtwänglers klar gestaltender Leitung erfuhren die Variationen, die der Komponist am 7. Dezember 1915 an gleicher Stelle erschloß, eine Wiederbelebung, die, technisch von höchster Subtilität, das kontrapunktische Gewebe dieses Werkes völlig erschloß. Sehr sinnlich waren die Variationsübergänge und prächtig gefeigert die Fuge. Eine geradezu herrliche Verbindung erfuhr Brahms's 4. Symphonie, die uns Furtwängler lehrsam am 6. März 1917 vermittelte. Der ganze Reue der Romantik, welchen Brahms in diese Musik gesoffen, kam in der Wiederbelebung zum Erläutern, vor allem in dem prächtigen Kantate moderate, einer der schönsten Einheiten von Brahms überhaupt. Das Allegro prococo, das in seinen Mittelstimmen Ankänge an das Hauptthema des ersten Satzes zeigt, fehlte es nicht an dem rhytmischen Schwung, und im Finale, das eine achtstimmige Chaconne in 22 Variationen verarbeitet, nicht an der nötigen Selbstsicherheit und dem lebendigen Feuer.

Eine sympathische Sängerin lernte man in Della Reinhardt aus München kennen, die einem Teil der Konzertbesucher durch ihre Mitwirkung in einem untergeordneten Städtischen Konzert bekannt geworden sein dürfte. In einer Mozart'schen, vom Orchester unter Furtwänglers feinst anregender Leitung begleitet, konnte sich das wohlgeschulte, normalintelligente Organ, das über reizende Kapriolen verfügt, auf schönster Entfaltung. Die Arie wurde in italienischer Sprache gesprochen und mit viel Geistesfluge, Raffinesse und Wärme, doch man den höchsten Belustigungsgewinn fand. Einen besonderen Reuegenus boten die Wechseln des Gesanges in der Vertonung R. Wagner's, die Della Reinhardt, von Herrn Furtwängler am Flügel mitwirkend begleitet, ungemein positiv zu gestalten wußte, jedoch man den Wunsch, aus stilistischen Gründen Brahms'se Gesänge an ihrer Stelle zu sehen, ganz verwarf. Della Reinhardt war bereits ein vollwertiger Erfolg für Karl Reich, und man würde ihr als Wiederholerin gerne wieder einmal begegnen. Friedrich Rad.

(Theaterkritiken.) Morgen findet im Nationaltheater die erste Ueberführung der beiden letzten Hoffen „Schneller Hiss“ und „Das Sandhaus an der Gerechtigkeit“ im Rahmen des Wiederkehr-Abends statt. — In der morgigen Aufführung von „Das Dreimäderlhaus“ im Reue Theater spielt Irene von „Das Sandhaus“, Frau Hermann von „Baron Schuber“. — Die nächste Ueberführung des Regensburger „Der verlorene Sohn“ im Nationaltheater ist für Mitte nächster Woche vorgesehen. — Am Sonntag, den 1. Februar,

